



## Protokoll

Umsetzung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung  
der Wissenschaftsstadt Darmstadt

**10. Arbeitskreis  
am 22.11.2017 in Darmstadt**

## **Anwesende Mitglieder des Arbeitskreises**

### **Zivilgesellschaft**

Frau Aleksandra Piotrowska (Ausländerbeirat)

Frau Nuriye Dogan (Ausländerbeirat)

Herr Helmut Wolf (Agenda-Beirat)

Frau Jeannette Dorff (Praxisvertretung Gemeinwesenarbeit)

Herr Joachim Klie (BDA Darmstadt)

Frau Renate Brehm

### **Politik**

Herr Werner Krone (Die Linke)

Frau Dorothee Schmitt (CDU)

Frau Claudia Stricker (Piraten)

### **Verwaltung**

Herr Marc Herbert (Stadtplanungsamt)

Frau Imke Jung-Kroh (Bürgerbeauftragte)

Herr Daniel Fischer (Jugendamt)

## **Protokoll der 10. Sitzung des Arbeitskreises zur Umsetzung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung der Wissenschaftsstadt Darmstadt**

<b>Zeitraumen</b>	22.November 2017, 17 bis 20 Uhr
<b>Ort</b>	Sitzungsraum Troyes, Luisenplatz 5a, 3. Stock
<b>Teilnehmer/innen</b>	Siehe Liste anwesender Mitglieder
<b>Moderation und Protokoll</b>	Carolin Holzer, IFOK Rebecca Ruhfaß, IFOK
<b>Referentin</b>	Dr. Olga Zitzelsberger, TU Darmstadt
<b>Tagesordnung</b>	TOP 1: Begrüßung und Einführung TOP 2: Neuigkeiten rund um die Leitlinien für Bürgerbeteiligung – Vorstellung der Evaluationsergebnisse und der Ergebnisse zur Bestandsaufnahme der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund TOP 3: Diskussion und Ableitung von Empfehlungen für den 3. Bürgerbeteiligungsbericht 2017 TOP 4: Die Zukunft des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung – Fortführung der Diskussion und Empfehlung zu Aufgaben und neuer Struktur TOP 5: Ausblick und Verabschiedung
<b>Anlagen zum Protokoll</b>	Anlage 1 Sitzungspräsentation Anlage 2 Präsentation Frau Dr. Zitzelsberger Anlage 3 Präsentation Evaluationsergebnisse Anlage 4 Fotodokumentation zum TOP 3

## **Begrüßung und Einführung**

**Frau Jung-Kroh** begrüßt die Teilnehmenden und dankt für die Teilnahme und Unterstützung. Bevor der Jahresbericht erstellt wird, wird es noch eine weitere Sitzung am 23. Januar geben. Einige Arbeitskreismitglieder lassen sich aufgrund von Parallelterminen entschuldigen.

### **Frau Jung-Kroh fragt nach Rückmeldungen zum Protokoll der letzten Sitzung.**

- Bitte aus dem Arbeitskreis, zwei Fragen vorzuziehen in der Tagesordnung:
  - Bezüglich der Frage, wie städtische Grundstücke vergeben bzw. verkauft werden, gibt es eine Empfehlung der hessischen Architektenkammer, die in Form einer Broschüre veröffentlicht wurde („Orientierungshilfe zur Vergabe öffentlicher Grundstücke nach Konzeptqualität“). Dies stellt eine Empfehlung an die Städte und Gemeinden, die vom hessischen Städtetag unterstützt wird.  
Herr Klie regt eine Auseinandersetzung bezüglich Bürgerbeteiligung an. Frau Jung-Kroh schlägt vor, dass dieses Thema zwischen Stadtplanungsamt, BDA und der Bürgerbeauftragten der Stadt direkt abgestimmt werden kann.
- Weshalb sind die Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Darmstadt nicht zu einer Satzung geworden? In anderen Städten sind die Leitlinien per Satzung beschlossen worden.  
Frau Jung-Kroh erläutert, dass die Diskussion, ob die Leitlinien in eine Satzung fließen sollten, im Arbeitskreis seit 2015 nicht mehr aktiv diskutiert wurde. Die Diskussion von 2015 kam zu dem Ergebnis, dass zuerst erprobt werden sollte, wie die Leitlinien funktionieren.
- Vorschlag aus dem AK, das Ziel des Satzungsbeschlusses nicht aus den Augen zu verlieren und bei TOP 4 zur Zukunft des Arbeitskreises evtl. weiter zu diskutieren bzw. in den Aufgabenkatalog für 2018 mit hinein zu nehmen.
- Es fehlt eine Übersicht über die Formate der Bürgerbeteiligung. Als Beispiel wird Heidelberg genannt, dort gibt es dazu eine grafische Übersicht.

Frau Jung-Kroh schlägt vor, die Punkte Aufnahme in die Satzung und Erstellung einer grafischen Übersicht zu den Beteiligungsformaten als Punkte in das Arbeitsprogramm für 2018 aufzunehmen.

### **Frau Jung-Kroh stellt die Tagesordnung der Sitzung vor.**

*Siehe „Tagesordnung“ auf S. 1.*

## **Neuigkeiten rund um die Leitlinien für Bürgerbeteiligung – Vorstellung der Evaluationsergebnisse und der Ergebnisse zur Bestandsaufnahme der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund**

### **AK Vor-Ort-Termin im Alevitischen Kulturzentrum**

**Frau Jung-Kroh** stellt die Idee vor, einen Vor-Ort-Termin mit dem AK im Alevitischen Kulturzentrum einzurichten. Als Termin wäre z.B. ein Freitag oder Sonntag möglich.

Einige Teilnehmende zeigen Interesse an einem Termin nach dem 19. Januar. Unverbindlich vermerkt werden: Frau Brehm, Frau Stricker, Frau Dorf, Frau Piotrovka.

**Frau Dogan** (Alevitisches Kulturzentrum) schlägt vor, einen Termin nach dem 19. Januar anzusetzen. Dieser soll in Abstimmung mit den Interessierten festgelegt werden.

### **Bericht vom Verwaltungsworkshop am 06.11.2017**

**Frau Jung-Kroh** berichtet vom Verwaltungsworkshop.

- Alle Dezernate und unterschiedliche Ebenen und Funktionen waren vertreten. Besonders positiv ist aufgefallen, dass sehr viele neue und junge Kollegen dabei waren, die hohes Interesse am Thema haben.
- Die Arbeitshilfe zum Thema „inklusiv beteiligen“ steht kurz vor der Fertigstellung und wird bald ins Intranet eingespeist. Im nächsten Schritt soll geklärt werden, wie die Arbeitshilfe, die vor allem für die Unterstützung der Verwaltung gedacht ist, in die Öffentlichkeit getragen werden kann.
- Es wurde ein Konzept zum Erfahrungsaustausch in der Verwaltung vorgestellt. Im nächsten Jahr soll eine Gruppe etabliert werden zum Austausch, wie Beteiligung noch besser funktionieren kann, was schon gut läuft etc. Dazu gibt es in Mannheim ein gutes Beispielprojekt. Frau Jung-Kroh ist zuversichtlich, dass das Konzept in der Verwaltung angenommen wird.
- Der Infobrief zur Bürgerbeteiligung wird ab Dezember in einem neuen Design verschickt, um noch ansprechender zu sein. Der Infobrief enthält dann mehr Bilder und kurze Texten, die zum Weiterlesen einladen. Der Versand erfolgt ab sofort monatlich.
- Die Konzeption für den Beteiligungsbericht läuft. Drei neue Aspekte sollen aufgenommen werden:
  - Erfolge sollen stärker herausgestellt und sichtbar werden.
  - Der Bericht soll schlanker und die Anlagen sollen herausgelöst werden und als extra-Datei und Druckfassung zur Verfügung gestellt werden.
  - Der Blick Richtung BürgerInnen soll gestärkt werden. Der Bericht soll mehr Bilder enthalten und besser lesbar sein.

Eine weitere Idee steht noch unter Vorbehalt: Um die Blackbox „Was passiert im Arbeitskreis?“ zu öffnen, könnte es eine öffentliche Veranstaltung zum

Beteiligungsbericht geben. Der Arbeitskreis soll so nach außen sichtbar und noch stärker mit Leben gefüllt werden.

- Die Aufsuchende Beteiligung soll gestärkt werden.
  - Ab 23.11.2017 wird zum Thema „Darmstadts Schätze“ aufsuchend beteiligt.
  - Im Januar 2018 wird es eine aufsuchende Beteiligung zur Nieder-Ramstädter Straße geben.

Es sollen noch mehr gute Beispiele für aufsuchende Beteiligung entstehen und auch nach außen gezeigt werden.

- Die Zusammenarbeit zu Inklusion in der Beteiligung ist intensiviert worden. Neben der Arbeitshilfe „Inklusiv beteiligen“ werden nun alle Plakate der Stadt Darmstadt in einem Pilotprojekt auf einfache Sprache geprüft. Der Büroflier des Bürgerbüros wird in leichte Sprache übersetzt.
- Die Zusammenarbeit zur Veranstaltungsunterstützung mit dem Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) wird nach einer Pilotphase fortgesetzt.

## **Vorstellung der Evaluationsergebnisse**

(S. Anlage 2)

Frau Jung-Kroh stellt vertretend für Herrn Bachmann, der an der Sitzung verhindert ist, die Ergebnisse der Evaluation zur Bürgerbeteiligung 2016/2017 vor. Die Ergebnisse von sechs Veranstaltungen im Jahr 2017 liegen bereits vor, vier weitere Veranstaltungen werden derzeit noch ausgewertet. Die qualitativen (freie Antwortmöglichkeit) Fragen werden derzeit zusammenfassend ausgewertet. Die qualitativen und quantitativen Angaben zu den einzelnen Beteiligungsveranstaltungen liegen dem Büro der Bürgerbeauftragten und den jeweiligen Projektleitungen vor und wurden schon für weitere Prozesse ausgewertet und genutzt.

- Hinweis: Die Ergebnisse beziehen sich allein auf die Menschen, die die Bögen ausgefüllt haben. Menschen, die häufiger zu Sitzungen erscheinen und dann mehrere Bögen im Verlauf des Jahres ausfüllen, werden daher auch mehrmals berücksichtigt. Insgesamt ist die Beteiligung deshalb verzerrt.
- Das Thema Zufallsauswahl wird im AK andiskutiert.
- Die Ergebnisse zeigen eine relativ ausgeglichene Verteilung von Männern und Frauen. Wenige Rückläufe kamen von Menschen mit Migrationshintergrund, relativ viele Rückläufe kamen von RentnerInnen und gut ausgebildeten Menschen. Umgekehrt kamen wenige Rückläufe von Menschen mit geringer formaler Bildung und Menschen unter 45.
- Die Menschen, von denen Rückläufe kamen, sind überwiegend sehr motiviert und finden eine Beteiligung der Bürgerschaft sehr wichtig.

- Sie informieren sich vor allem über das Darmstädter Echo, Plakate und Internet oder durch direkte Gespräche.
- Bisher liegen von sechs Veranstaltungen Ergebnisse vor, vier Veranstaltungen müssen noch ausgewertet werden, zudem folgt noch die Auswertung der qualitativen Aussagen.
- Die Motivation ist hoch, sich auch in Zukunft zu informieren; sich einzubringen und aktiv mitzuwirken relativ hoch.
- Insgesamt sind aus den sechs Veranstaltungen 212 Bögen ausgewertet worden, 106 von Männern, 96 von Frauen. Die Altersverteilung hat sich gegenüber 2016 etwas ausgeglichen (geringere Überrepräsentation von Älteren). Nach wie vor sind die unter 45-Jährigen jedoch deutlich unterrepräsentiert. Im Vergleich zum Vorjahr werden mehr Menschen ohne hochakademischen Abschluss beteiligt – der Unterschied ist jedoch gering.

Es gibt im Arbeitskreis nach wie vor unterschiedliche Positionen dazu, ob die soziodemographischen Daten der Teilnehmenden in den Fragebögen abgefragt werden sollten. Die Entscheidung ist schwierig: Einerseits kann es als wünschenswert bewertet werden, möglichst viele Informationen zu sammeln, andererseits ist eine valide Auswertung der Fragebögen nach Gruppen mit bestimmten Merkmalen aufgrund der geringen Fallzahl nicht machbar (das heißt: z.B. ist die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesamtgruppe zu gering, um aus den Rückläufen von Menschen mit Migrationshintergrund eine allgemeine Aussage über die Position von Menschen mit Migrationshintergrund ableiten zu können).

- Frau Jung-Kroh berichtet, dass Herr Bachmann von der Abteilung Statistik und Stadtforschung deshalb empfiehlt, im Fragebogen keine zusätzlichen soziodemographischen Merkmale abzufragen. Eine repräsentative Umfrage mit sehr viel höherer Fallzahl geschieht durch die Bürgerumfrage, bei der zufällig ausgewählte BürgerInnen befragt werden. Diese findet alle drei Jahre statt, die nächste Umfrage in 2018, dort fließen Fragen aus der Bürgerbeteiligung ein.

Es folgt eine Diskussion dazu, ob der Vorschlag für den neuen, gekürzten Fragebogen angenommen werden sollte.

- Ein Teilnehmer merkt an, dass die Umfrageantwort „weiß ich nicht“ im Fragebogen und in der Bürgerumfrage geändert werden sollte.  
Frau Jung-Kroh nimmt die Anregung mit und bespricht sie mit der Abteilung Statistik und Stadtforschung.
- Eine Teilnehmerin spricht sich für den gekürzten Fragebogen aus. Nach den Veranstaltungen haben Teilnehmende oft keine Lust mehr auf einen langen Fragebogen und der derzeitige Fragebogen ist sehr mühsam auszufüllen.
- Sie merkt weiter an, dass bei den Veranstaltungen auch Menschen aus fachlichen Erwägungen teilnehmen. Im Fragebogen fehlen Menschen, die als Hauptamtliche mit fachlichem Interesse teilnehmen (außerstädtische Hauptamtliche).

- Ein Teilnehmer spricht sich für mehr demographische Daten aus. Die Ergebnisse können besser eingeordnet werden, wenn mehr soziodemographische Daten vorliegen. Ein Mehrwert der Fragebögen gegenüber der Bürgerumfrage besteht darin, ableiten zu können, wer an den Veranstaltungen teilgenommen hat.
- Frau Jung-Kroh erklärt, dass es beim Fragebogen im Vergleich zur Bürgerumfrage eine Einstiegsfrage zur besseren Einordnung geben muss.
- Anmerkung aus dem AK: um aufsuchende Beteiligung gezielt durchführen zu können, ist eine Abfrage der soziodemografischen Daten hilfreich.  
Dazu wendet Frau Jung-Kroh ein, dass ein Überblick, wer erreicht wurde und wer fehlt, durch den Eindruck bei den Veranstaltungen besser geleistet werden kann. Bei den Fragebögen geht es eher darum, einzuschätzen, wie die Veranstaltung ankommt und wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt.
- Ein Teilnehmer kritisiert, dass auf dem aktuellen Bogen mehr als die Hälfte der Fragen zu soziodemographischen Daten gestellt werden. Dadurch kann der Eindruck entstehen, dass die Personen „ausespioniert“ werden sollen. Die soziodemographischen Angaben sollten auf ein Minimum beschränkt werden. Stattdessen sollten die MitarbeiterInnen der Stadt oder die Moderation einen Eindruck zur Zusammensetzung der Teilnehmer festhalten, wie es Frau Jung Kroh vorschlägt.
- Ein Teilnehmer hält fest, dass bei der Bürgerumfrage nur eine qualitative Frage gestellt wurde „Warum finden Sie Darmstadt gut?“. Er merkt an, dass die Frage „Was ich dazu noch sagen wollte...“ die wichtigste im Rückmeldebogen ist. Er wünscht sich mehr qualitative Fragen.
- Ein Teilnehmer spricht sich für eine schlanke, gekürzte Version aus. Geschlecht und Alter genügen als Angabe zur Person. Die Kategorie Migrationshintergrund sollte im Sinne der Gleichbehandlung entfallen.

## **Projekt zur Erhöhung der Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund**

(S. Anlage 3)

Frau Holzer begrüßt Frau Dr. Zitzelsberger, die das Projekt der TU Darmstadt zur Erhöhung der Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund vorstellt. Zu den Einzelheiten des Projekts liegt ein ausführlicher Bericht vor.

Sie betont insbesondere,

- dass viele der festgestellten Punkte auch auf Menschen ohne Migrationshintergrund zutreffen können.
- dass zum Thema Bürgerbeteiligung mehr Informationen bereitgestellt werden sollten und dazu verschiedene Kanäle genutzt werden sollten.
- dass sich viele Menschen mit Migrationshintergrund ein kommunales Wahlrecht und mehr Möglichkeiten zur Mitsprache wünschen.



- dass mehrfach der Wunsch geäußert wurde, dass die Vielfalt der Stadt Darmstadt auch in der Kommunikation nach außen gezeigt wird.
- dass die Zuordnung zur Gruppe MigrantInnen teilweise als Stigmatisierung wahrgenommen wird, z.B. in Behörden, auf dem Arbeitsmarkt und in der Schule.

Dann leitet Sie Handlungsempfehlungen ab.

Gemeinsam werden Ideen für den Maßnahmenkatalog diskutiert.

Frau Holzer gibt Gelegenheit für Rückfragen und Anmerkungen hierzu:

- Die Trennungslinie für eine solche Studie sollte nicht zwischen MigrantIn und Nicht-MigrantIn verlaufen, sondern anhand der Teilhabe am sozialen Leben definiert werden.
- Dazu spielt beispielsweise das Einkommen eine wichtige Rolle. Ein Migrationshintergrund ist nicht das Hauptthema, wenn es um Teilhabe und Beteiligung geht.
- Der Fragebogen sollte nicht um den Aspekt „Migrationsgeschichte“ ergänzt werden.
- MigrantInnen sehen in Verbänden und Parteien mehr Mitwirkungsmöglichkeiten als in der Bürgerbeteiligung. Dies gibt zu denken: Wie kann in der Beteiligung mehr Wirksamkeit erreicht werden?
- Der Grad der Einflussnahme auf die Gestaltung und die Prozesse in der Stadt ist das Hauptkriterium, nicht der Migrationshintergrund. Für potentielle Teilnehmende an den Veranstaltungen stellt sich die Frage, wie viel Einflussnahme aus der Beteiligung entsteht.
- Ein direkter Einfluss der Beteiligungsveranstaltungen auf Themen wie das Stadtbild würde bedeuten, dass bestimmte Gruppen unterrepräsentiert sind. Deshalb muss vieles durch repräsentative, gewählte Gremien entschieden werden.

Frau Dr. Zitzelsberger erläutert, dass die für die Studie gewählte Definition von „Mensch mit Migrationshintergrund“ Menschen in zweiter oder dritter Generation miteinschließt. Sie sieht eine Stigmatisierung, wenn der Migrationsstatus quasi vererbt wird. Sie führt aus, dass bestimmte Gruppen innerhalb der Großgruppe „MigrantInnen“ besonders betroffen von Diskriminierungen sind: Menschen mit „Weltsprachen“ (Englisch, Französisch, Spanisch) als Muttersprache finden eher Anerkennung, dagegen werden andere Sprachen (Arabisch, Türkisch, Chinesisch) abgewertet. Beim Thema Beteiligung stellt sich die Frage, wie eine demokratische Beteiligung und wie eine informelle Beteiligung strukturiert und bewertet werden kann. Wie schaffen wir es als Kommune, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und gleichzeitig direkt einzubinden? Etablierte Beteiligungsformate (Verbände, Parteien) sollten nicht zurückgestellt werden.

- Frage zur Bürgerbeteiligung in Deutschland in Abgrenzung zu den Erfahrungen, die im Herkunftsland gemacht wurden. Wurde das in den Interviews thematisiert?

Frau Dr. Zitzelsberger erklärt daraufhin: In den Fokusgruppen waren auch Menschen ohne Migrationshintergrund (z.B. Menschen, die zum Thema Migration arbeiten). Die Beteiligung im Heimatland wurde nicht thematisiert, da viele der befragten MigrantInnen

schon sehr lange in Deutschland leben. Menschen, die erst seit kurzem in Deutschland sind, sind häufig mit anderen Themen beschäftigt: Lernen der Sprache, Einbürgerung, geregelter Aufenthalt, Einschulung der Kinder. Erst wenn solche grundlegenden Themen geregelt sind folgt ein Interesse für die Beteiligung zu anderen Themen.

- Frau Jung-Kroh schließt die Diskussion und erläutert, dass das Projekt nicht mit der Studie beendet ist. Im nächsten Schritt werden auf Basis der Studie und der Bürgerbeteiligung Maßnahmen entwickelt. Im Frühjahr wird ein Maßnahmenkatalog vorgestellt und diskutiert, dann soll dieser Maßnahmenkatalog politisch beraten und anschließend auch umgesetzt werden. Sie betont, dass der Abbau von Barrieren oft vielen Menschen zugutekommt, nicht nur z.B. MigrantInnen oder Menschen mit Behinderung. Gerade die Projekte, bei denen viel Spielraum besteht, sollen noch sichtbarer gemacht werden. Sie erklärt außerdem, dass die Bürgerbeteiligung keineswegs die Arbeit der Parteien und Verbände ablöst. Die Politikwissenschaft zeigt jedoch, dass das Interesse an stetigem Engagement relativ gering ist und Menschen sich oft zu konkreten Projekten beteiligen wollen. In gut laufenden Projekten wird ein gemeinsames Planungsbild entwickelt, welches Elemente von direkter Beteiligung und repräsentative Meinungsumfragen oder Debatten miteinschließt.
- Auf Rückfrage erläutert Frau Jung-Kroh weiter, dass der Maßnahmenkatalog über das Verwaltungshandeln hinausgehen soll. Es soll jedoch für jede Maßnahme geklärt werden, wer die Federführung für die Umsetzung übernimmt.

## **Diskussion und Ableitung von Empfehlungen für den 3. Bürgerbeteiligungsbericht 2017**

(S. Anlage 4)

### **Empfehlungen für den Bürgerbeteiligungsbericht**

Frau Holzer stellt die thematische Struktur der Ideensammlung vor.

Die TeilnehmerInnen des Arbeitskreises sammeln Ideen zu den folgenden Themenfeldern. Frau Jung-Kroh und Frau Holzer schreiben diese auf Moderationskarten mit.

#### **Vielfältigeres Meinungsbild**

- Maßnahmen um ein repräsentativeres Meinungsbild zu erhalten:
  - Unterschiedliche Zugänge ermöglichen
  - Sozialräume nach Gruppen zur aufsuchenden Beteiligung untersuchen
  - Fragestunde mit dem Arbeitskreis, online oder vor Ort
- Anregungen zur Methode der Zufallsauswahl
  - Recht auf Nicht-Beteiligung
  - Methode kritisch auf Vor- und Nachteile prüfen

### **Sichtbarkeit und Zugang**

- Besser informieren vorher und nachher durch:
  - Mehr Übersichtlichkeit herstellen
  - Informationskanäle zielgruppenspezifisch nutzen
  - kein Zwang, Recht auf Freiwilligkeit
  - Erwartungsmanagement
  - Stufen der Beteiligung deutlich machen
  - Bürgerbeteiligung in Schulen bekannt machen
  
- Hürden erkennen und abbauen
  - Niedrigschwellige Angebote machen
  - Möglichst viele Informationswege nutzen
  - Informationen in der Stadt sichtbar machen
  - Dezentrale Angebote schaffen
  - Digitalisierung ist kein Widerspruch zu Vor-Ort Präsenz, sondern Verzahnung bzw. ein zusätzliches Angebot
  - Lob-, Ideen- und Beschwerdebuch z.B. in der Stadtbibliothek oder an anderen stark besuchten Orten auslegen
  - Etablieren basisdemokratischer Strukturen auf lokal- und kommunalpolitischer Ebene

### **Austausch ermöglichen**

- Welche Struktur verbessert die Möglichkeiten?
- Kleinere Runden in den Stadtteilen/Siedlungen/Straßen
- Fokus auf Stadtteils- und Quartiersthemen und Arbeitsgruppen vor Ort fördern
- Strukturen auch auf gesamtstädtischer Ebene wichtig
- Mehr Gesprächsangebote wie z.B. OB-Sprechstunden oder Dezernenten-Sprechstunden

### **Parallel werden einige Punkte im Plenum diskutiert:**

- Bürgerbeteiligung sollte einfach gestaltet werden, anstatt den Prozess weiter zu verkomplizieren.
- Die Schritte, Stufen, Einflussmöglichkeiten und Grenzen der Beteiligung sollen klar kommuniziert werden (klares Erwartungsmanagement).
- Einige TeilnehmerInnen diskutieren, wie Beteiligung niedrigschwellig gestaltet werden kann und wie Bürger die ausreichend Möglichkeit erhalten, auch Kritik offen zu äußern.
- Insbesondere sollte reflektiert werden, was in den Stadtteilgremien funktioniert und was nicht funktioniert. Die Teilnehmenden diskutieren, welche zusätzlichen Quartiersangebote geschaffen werden können. Die Quartiersangebote bestanden bereits vor den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung. Es wird festgehalten, dass durch Stadtteilbüros eine größere Sozialraumorientierung geschaffen wird. Die Idee „Stadtteilbüro“ soll

sowohl als Verwaltungsbüro als auch als Stadtteilwerkstadt gefasst werden. Es sollen Orte entstehen, zu denen BürgerInnen auf den ersten Impuls kommen, um Themen anzusprechen.

- Zum Spannungsfeld Verwaltung vor Ort vs. Online-Verwaltung werden folgende Punkte geäußert:
  - Verwaltung vor Ort wieder stärken
  - Tendenz eher zur Digitalisierung der Verwaltung geht. Es sollte diskutiert werden, in welchen Stadtteilen Stadtteilbüros/Quartiersanlaufstellen nötig sind.
  - Präsenz in allen Stadtteilen notwendig, damit eine Diskussion stattfinden kann.
  - Digitalisierung soll ein zusätzliches Angebot zu analogen Angeboten sein, da sonst viele Menschen ausgeschlossen werden. Es sollten möglichst viele Kommunikationswege beschrieben werden.

Im Ergebnis wird festgehalten, dass die Digitalisierung kein Widerspruch zur Präsenz vor Ort sein sollte. Ein Teilnehmer schlägt vor, ein „Beschwerdebuch“ für BürgerInnen einzurichten. Dieses könnte beispielsweise in der Stadtbibliothek ausliegen.

## **Die Zukunft des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung – Fortführung der Diskussion und Empfehlung zu Aufgaben und neuer Struktur**

### **Vorstellung der Diskussionsergebnisse der letzten Sitzung**

(S. Anlage 1)

Frau Jung-Kroh stellt die Ergebnisse der letzten Sitzung vor. Der Arbeitskreis wurde in der letzten Sitzung als unabdingbar für gute Bürgerbeteiligung bewertet und soll nach Ende des Pilotzeitraums der Leitlinienumsetzung weiterbestehen. Sie stellt die Themen für die weitere Arbeit des Arbeitskreises vor. Ergänzend zum Arbeitskreis ist denkbar, Werkstattgespräche als freiwilliges Angebot für Gremienmitglieder und ggf. einen erweiterten Kreis einzurichten.

Folgende Vorschläge werden diskutiert:

- Leitlinien sollten weiterentwickelt werden und neue Angebote zur Bürgerbeteiligung entworfen werden.
- Das Thema Verankerung der Leitlinien in einer Satzung wird erneut aufgegriffen. Das Thema könnte Teil eines Arbeitsprogramms für 2018 sein.
- Vorschlag, Themenworkshops/ Arbeitsgruppen mit kleineren Gruppen einzurichten (halböffentlich) und in den halbjährigen Sitzungen des Arbeitskreises die Ergebnisse zu präsentieren. Dies könnte auch als Reihe mit Anmeldung konzipiert werden.
- Anhand eines konkreten Beispiels (Willi-Brand-Platz) wird eine intensive Auseinandersetzung über Bürgerbeteiligung, über ihre Grenzen und den richtigen Zeitpunkt deutlich. Das Thema Grenzen, richtiger Zeitpunkt, Erwartungen könnte anhand eines Fallbeispiels in ein Werkstattgespräch verlegt werden.

- Als Ergebnis der Diskussion wird festgehalten, dass eine stetige Evaluation der Beteiligung wichtig bleibt. Das Thema Zeitplanung im Arbeitskreis und Einrichtung von Werkstattgesprächen/ Arbeitsgruppen wird bei der Neukonstituierung des Arbeitskreises im Frühjahr diskutiert werden.

### **Diskussion zu einer neuen Struktur und neuen Aufgaben für den Arbeitskreis**

Die Teilnehmenden diskutieren, welche neue Struktur (Besetzung des Gremiums, Format der Werkstattgespräche) in Zukunft sinnvoll ist und welche konkreten Aufgaben für den Arbeitskreis definiert werden können. Die Diskussion kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Die Runde regt an, eine der Sitzungen im Jahr weiterhin öffentlich zu gestalten.
- Die Runde regt an, bei den Arbeitsgruppen/Werkstattgesprächen auch andere interessierte BürgerInnen zu berücksichtigen.
- Mehrere TeilnehmerInnen schlagen vor, für die Werkstätten über Anmeldungen für eine Reihe nachzudenken. Auch für die halböffentliche Sitzung könnte es eine Anmeldung geben.

### **Ausblick und Verabschiedung**

(S. Anlage1)

Die nächste Sitzung findet am 23.1.2017 um 17 Uhr statt.

Inhalt: Diskussion zu den Empfehlungen für den 3. Beteiligungsbericht.

Die Sitzung soll einen öffentlichen Teil umfassen. Dazu wird folgendes diskutiert:

- Zum Thema Raum und Ort wird vorgeschlagen, die Räumlichkeiten einer Institution statt städtischer Räume zu nutzen. Frau Jung-Kroh fragt das „Offene Haus“ an. Alternativ könnten Stadtteilhäuser angefragt werden.
- Ein direktes Gespräch sollte ermöglicht werden. Dazu sollte es am Anfang eine kurze Einführungen geben: Wozu ist der Arbeitskreis gedacht? Danach sollte viel Zeit für die BürgerInnen eingeplant werden: Welche Anregungen haben Sie?
- Es besteht Einigkeit darüber, dass in klares Erwartungsmanagement wichtig ist. Es sollte klar sein, dass nicht zu einem konkreten Projekt beteiligt wird, sondern Grundsätze erarbeitet werden sollen. Wie kann die Bürgerbeteiligung in Darmstadt weiter verbessert werden? Dazu wird vorgeschlagen, mit den Teilnehmern die Empfehlungen des Arbeitskreises zu diskutieren.
- Ein motivierendes, verständliches Interview zur Arbeit des Arbeitskreises und zu den Empfehlungen könnte am Anfang der Sitzung stehen. Aufhänger könnte die Frage sein, was seit der letzten öffentlichen Sitzung im Dezember 2016 passiert ist. Wünschenswert wäre eine Interviewrunde mit drei ArbeitskreisteilnehmerInnen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es wird abgefragt, wer Interesse hat, an einem Interview

teilzunehmen oder das Interview vorzubereiten. Zur konkreten Vorbereitung des Arbeitskreises erfolgt eine gesonderte E-Mail.

Frau Jung-Kroh bedankt sich für die Mitarbeit und wünscht eine schöne Adventszeit. Frau Holzer bedankt sich bei allen Teilnehmenden und schließt die Sitzung verbunden mit guten Wünschen zum Jahreswechsel.